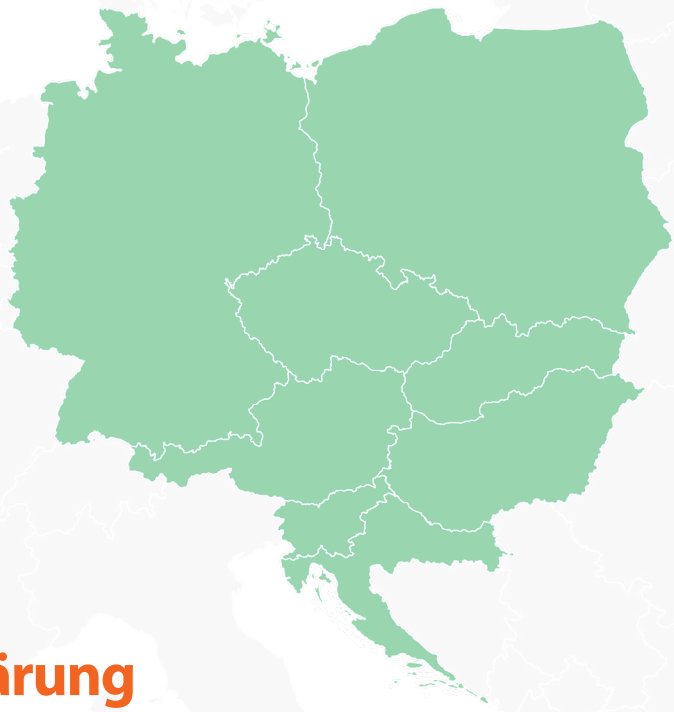


Prager Erklärung

der Interessensgruppen der Holzindustrie in Mittel- und Osteuropa

Innovation – Klimaschutz – Arbeitsplätze – Wertschöpfung

Die Verbände der Holzindustrie aus Österreich, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Polen, der Slowakei und Slowenien verfolgen, unterstützt vom Deutsche Forstwirtschaftsrat (DFWR), gemeinsame wirtschaftliche Interessen, strategische Zielsetzungen und eine geteilte Verantwortung. Die Mitgliedsunternehmen beziehen ihren Rohstoff aus Forstbetrieben, die seit Generationen auf nachhaltige Waldbewirtschaftung setzen. Viele Unternehmen in Mittel- und Osteuropa sind familiengeführt und fest in ihren regionalen Strukturen verankert.

Eine leistungsfähige und wettbewerbsfähige europäische Holzindustrie ist ein zentraler Baustein, um strategische Ziele der Europäischen Union zu erreichen – insbesondere im Hinblick auf Umweltpolitik, Innovation und Beschäftigung. Die Branche trägt zu einer ressourcenschonenden, zukunftsfähigen Wirtschaft bei, die auf ökologischer Verantwortung und unternehmerischer Solidität basiert.

Die Holzindustrie in der CEE-Region verarbeitet einen der wenigen erneuerbaren und nachhaltigen Rohstoffe, der europaweit in großem Umfang verfügbar ist. Damit stärkt er die strategische Autonomie Europas sowie die Versorgungssicherheit – insbesondere in einem zunehmend volatilen geopolitischen Umfeld.

Wälder und Rohstoffversorgung in Europa

Europa ist ein grüner Kontinent: Nahezu die Hälfte seiner Landfläche ist mit Wäldern bedeckt. Diese erfüllen eine Vielzahl unverzichtbarer Ökosystemleistungen – von Biodiversität und Erholungsräumen über den natürlichen Schutz vor Naturgefahren bis hin zur Bereitstellung von sauberem Trinkwasser. Gleichzeitig stellen Wälder eine zentrale Quelle für erneuerbare Rohstoffe dar und spielen eine zentrale Rolle im Klimaschutz.

In unseren Wäldern wächst Holz – ein in seiner Vielseitigkeit einzigartiger Rohstoff. Bäume nehmen CO_2 aus der Atmosphäre auf, speichern Kohlenstoff und geben Sauerstoff ab. In den vergangenen 30 Jahren (1990–2020) hat sich die Waldfläche Europas um **16,8 Millionen Hektar** vergrößert – das entspricht in etwa der Gesamtfläche von Ungarn und Tschechien. Im selben Zeitraum sind die Holzvorräte um rund **11 Milliarden Kubikmeter** gewachsen – ein Zuwachs von **45 %**. Aktuell wird nur etwa **65 % des jährlichen Holzzuwachses** genutzt.

Klimaschutz durch Holznutzung

Bäume folgen einem natürlichen Lebenszyklus. Wenn sie altern und verfallen, wird der gespeicherte Kohlenstoff wieder in die Atmosphäre freigesetzt. Wird Holz jedoch zum richtigen Zeitpunkt geerntet, bleibt der Kohlenstoff in langlebigen Holzprodukten gebunden und trägt so zur langfristigen Kohlenstoffspeicherung bei. Auf diese Weise entsteht durch die Holzverwendung ein „zweiter" Wald – bestehend aus langlebigen Produkten – und gleichzeitig werden Emissionen reduziert.

Nachhaltig bewirtschaftete Wälder können sich regenerieren, CO_2 effizienter aufnehmen und sind widerstandsfähiger gegenüber Umweltbelastungen als ungenutzte, überalterte Waldbestände. Der Klimawandel wirkt sich bereits heute auf die Wälder aus. Umso wichtiger ist daher eine **aktive und nachhaltige Waldbewirtschaftung** – wie sie längst praktiziert wird. Sie stärkt die Regenerationsfähigkeit der Wälder gezielter und schneller, als es natürliche Prozesse leisten können.

Die Zukunft der europäischen Wälder muss aktiv gestaltet werden. Umweltschutz im 21. Jahrhundert bedeutet verantwortungsvolles, wissenschaftlich fundiertes Handeln in und mit der Natur. Forderungen nach einer pauschalen Nutzungsaufgabe großer Waldflächen – ohne Berücksichtigung regionaler Gegebenheiten, gesellschaftlicher Bedarfe oder bewährter forstlicher Praxis – führen nicht zur Lösung der Herausforderungen. Natur ist kein unberührter Raum und war es nie. Genau deshalb brauchen wir Wissen, Daten, Innovationen und eine verantwortungsvolle Steuerung. Die Forstpolitik muss sich an realen Gegebenheiten orientieren – nicht an Ideologien. Was Wälder heute brauchen, ist eine verantwortungsvolle und fachlich fundierte Waldbewirtschaftung, abgestimmt auf ökologische, ökonomische und soziale Rahmenbedingungen. Europa verfügt über das nötige Fachwissen, die geeigneten Instrumente und die Verantwortung, um wirksam und realitätsbezogen zu handeln. Nutzen wir dieses Potenzial – für den Klimaschutz, für die Biodiversität und für die Menschen, die von den Wäldern leben.

Klimaschutz braucht zugleich eine starke Wirtschaft – eine, die Innovationen finanziert, Arbeitsplätze sichert und Stabilität bietet. Ambitionierte Ziele allein reichen nicht aus; sie müssen durch praktikable und wirtschaftlich tragfähige Lösungen ergänzt werden. Für die Holzbranche bedeutet das vor allem: verlässlicher Zugang zu Rohstoffen aus **nachhaltig bewirtschafteten Wäldern**.

Wir sprechen uns entschieden gegen die Nutzungsaufgabe von Waldflächen und gegen pauschale Einschränkungen der Holznutzung aus. Wälder unter eine „Glasglocke" zu stellen und die Holzverfügbarkeit zu begrenzen, ist kontraproduktiv – sowohl für den **Klimaschutz** als auch für die **Biodiversität**. Wälder zu reinen Kohlenstoffspeichern zu erklären und dabei eine funktionierende, zirkuläre Bioökonomie aufs Spiel zu setzen, ist keine tragfähige Lösung.

Nachhaltige Rohstoffe – Voraussetzung für eine starke europäische Holzindustrie

Die Grundlage der Wertschöpfung in der Holzindustrie ist die Versorgung mit Sägerundholz und Industrieholz, das von Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern sowie forstwirtschaftlichen Betrieben bereitgestellt wird. Traditionell arbeiten Unternehmen der holzbasierten Industrie standortnah – nahezu der gesamte Holzbedarf wird aus der jeweiligen Region gedeckt.

Unsere Unternehmen sind auf Wälder angewiesen, die seit Generationen nachhaltig bewirtschaftet werden. Da die Rohstoffkosten den größten Anteil an den Produktionskosten in der Holzindustrie ausmachen, ist ein gesicherter und stabiler Zugang zu Holz entscheidend für die Aufrechterhaltung einer **wettbewerbsfähigen und funktionierenden Wertschöpfungskette**.

Unsere Kernforderungen

- **Wir fordern ein klares und verbindliches Bekenntnis** der Europäischen Union und der nationalen Regierungen zur nachhaltigen Waldbewirtschaftung – einschließlich einer **umfassenden Folgenabschätzung** der bestehenden Maßnahmen im Rahmen des Green Deal und deren Auswirkungen auf Wälder sowie auf die Wertschöpfungskette Holz.
- **Wir bestehen auf dem Erhalt des Zugangs zu Rohstoffen aus Europas Wäldern.** Die Stilllegung großer Waldflächen sehen wir kritisch. Eingeschränkter Zugang zu europäischem Holz schwächt die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und gefährdet die inländische Wertschöpfung nachhaltig. Höhere Beschaffungs- und Transportkosten sowie eine zunehmende Abhängigkeit von Importen wären die unmittelbaren Folgen – mit negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze und wirtschaftliche Stabilität in Europas ländlichen Regionen.
- **Wir unterstützen Maßnahmen zur besseren Ausschöpfung des Rohstoffpotenzials der europäischen Wälder.** Insbesondere setzen wir uns für Anreizsysteme ein, die Kleinwaldbesitzer motivieren, sich als langfristig verlässliche Partner der holzbasierten Wertschöpfungskette zu engagieren.
- **Wir betonen die Bedeutung staatlicher Forsteinrichtungen als verlässliche Partner in der holzwirtschaftlichen Wertschöpfungskette.** In vielen Ländern Mittel- und Osteuropas leisten öffentliche Forstbetriebe seit langem einen wichtigen Beitrag zur stabilen und nachhaltigen Rohstoffbereitstellung. Wir fordern eine weiterhin verantwortungsvolle Leitung und marktorientierte Ausrichtung dieser Einrichtungen, um die langfristige Rohstoffverfügbarkeit für die Holzindustrie zu sichern.
- **Wir setzen uns für praktikable und bürokratiearme rechtliche Rahmenbedingungen ein** – insbesondere für Kleinwaldbesitzer. Die nachhaltige Bewirtschaftung kleiner Waldflächen darf nicht durch übermäßige administrative Anforderungen behindert werden.
- **Wir begrüßen eine klimaresiliente und nachhaltige Waldentwicklung.** Dabei sprechen wir uns dafür aus, die Belange der Holzindustrie bei der Auswahl und Züchtung künftiger Baumarten zu berücksichtigen – insbesondere bei Nadelbäumen wie **Fichte und Kiefer**, den wichtigsten Baumarten der Branche.

Neustart für den Green Deal – Holz ins Zentrum rücken

Der Europäische Green Deal verfolgt das Ziel, die EU bis 2050 klimaneutral zu machen. Die Verbände begrüßen dieses Ziel. Dennoch beinhalten einige Bestandteile des Green Deals das Risiko, klimafreundliche und regional verankerte Wertschöpfungsketten auf Basis erneuerbarer Rohstoffe wie Holz zu schwächen. Erforderlich ist ein neuer Ansatz, der die nachhaltige Holznutzung als zentrales Element von Klimaschutz und wirtschaftlicher Resilienz anerkennt. Die zukünftige Ausrichtung der europäischen Klima-, Umwelt- und Wirtschaftspolitik bietet sowohl Chancen als auch Risiken für Wälder und Holzverwendung. Ziel muss es sein, das Potenzial nachhaltiger Holzverwendung zu nutzen – für Klimaschutz, Wertschöpfung, klimafreundliches Bauen und eine starke Bioökonomie – und damit Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen.

Unsere Kernforderungen

- **Wir fordern einen grundlegenden Neustart des Green Deal – mit Holz und der zirkulären Bioökonomie im Mittelpunkt.** Die nachhaltige Nutzung von Holz muss als essenzieller Baustein der Klimaneutralität verstanden werden. Wir stehen für eine konstruktive, zukunftsorientierte Perspektive auf Waldbewirtschaftung, die sowohl die Kohlenstoffbindung in Wäldern als auch in langlebigen Holzprodukten einbezieht.
- **Wir unterstützen klimapolitische Rahmenbedingungen, die den Ersatz fossiler und emissionsintensiver Materialien durch erneuerbare, holzbasierte Alternativen gezielt fördern.** Nur durch eine breitere und intelligentere Nutzung von Holz – insbesondere im Bauwesen – kann die EU ihre Klimaziele kosteneffizient und sozial ausgewogen erreichen.
- **Wir fordern, dass die europäische Bioökonomiestrategie auf der etablierten, forstbasierten Wertschöpfungskette aufbaut.** Diese bildet das Rückgrat der Holzverarbeitung, trägt maßgeblich zur wirtschaftlichen Nutzung des Rohstoffs bei und leistet einen entscheidenden Beitrag, um klimapolitische Ziele zu erreichen. Die kontinuierliche Nachfrage nach Holz hat in Europa über Generationen hinweg eine ressourcenschonende, nachhaltige Struktur etabliert. Nachhaltig bewirtschaftete Wälder sind klimafreundliche Wälder – sie können mehr CO_2 binden. Dank bewährter forstwirtschaftlicher Konzepte ist die Holzverfügbarkeit in Europas Wäldern seit Jahrzehnten stabil wachsend.

Nature Restoration Law (NRL) – Naturschutz durch nachhaltige Nutzung

Gesunde, wachsende Wälder sind die Grundlage unserer Branche. Wir unterstützen Maßnahmen zum Schutz der biologischen Vielfalt und zur Wiederherstellung geschädigter Ökosysteme. Ein striktes Nutzungsverbot, wie es im Nature Restoration Law vorgesehen ist, widerspricht jedoch dem integrierten Ansatz, der für effektive Klimaanpassung und den Schutz der Biodiversität erforderlich ist. Waldschutz und nachhaltige Waldbewirtschaftung schließen sich nicht aus – sie ergänzen einander.

Unsere Kernforderungen

- **Wir fordern eine Überarbeitung des Nature Restoration Law, um sicherzustellen, dass die Anpassung der Wälder an den Klimawandel nicht durch pauschale Nutzungseinschränkungen behindert wird.** Aktive Waldbewirtschaftung ist essenziell für die Erhaltung gesunder Wälder und sollte als naturbasierte Lösung im Kampf gegen Klimawandel und Biodiversitätsverlust anerkannt werden.
- **Wir fordern eine kritische Neubewertung des Ziels, 10 % der Landfläche unter strengen Schutz zu stellen.** Dieses Vorhaben würde die Verfügbarkeit von Holz drastisch reduzieren und die Erreichung der Klimaziele gefährden. Studien zeigen, dass dadurch das Holzangebot in der EU um bis zu 48 % sinken könnte. Wälder müssen auch künftig eine verlässliche Quelle erneuerbarer Rohstoffe bleiben.
- **Wir bestehen auf der Achtung des Subsidiaritätsprinzips und der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten in der Forstpolitik.** Forstliche Entscheidungen müssen sich an lokalen ökologischen und sozioökonomischen Gegebenheiten orientieren. Die EU sollte Zielvorgaben setzen – nicht jedoch deren Umsetzung bis ins Detail zentral steuern.

LULUCF-Verordnung – Kohlenstoffziele mit nachhaltiger Waldnutzung in Einklang bringen

Die überarbeitete LULUCF-Verordnung legt höhere Ziele für die Kohlenstoffbindung im Landnutzungssektor fest. So gut diese Absicht auch ist, sollten diese Ziele nicht dazu führen, dass Wälder sich selbst überlassen werden. Der größte Klimanutzen entsteht dort, wo Wälder aktiv bewirtschaftet werden und Holz zur Substitution kohlenstoffintensiver fossiler Materialien eingesetzt wird.

Unsere Kernforderungen

- **Wir lehnen es ab, die Nichtbewirtschaftung von Wäldern mit höherem Klimaschutz gleichzusetzen.** Unbewirtschaftete Wälder verlieren langfristig an CO_2-Bindungskapazität und bergen ein erhöhtes Risiko für Kohlenstofffreisetzung durch Zersetzung oder Waldbrände.
- **Wir befürworten ein aktives Waldbewirtschaftungsmodell, das Kohlenstoffbindung mit langfristiger Kohlenstoffspeicherung in Holzprodukten verbindet.** Dieses Modell stellt sicher, dass Wälder als dynamische Kohlenstoffsenke erhalten bleiben und gleichzeitig eine lebendige zirkuläre Bioökonomie gestärkt wird.
- **Wir heben hervor, dass verjüngte Wälder widerstandsfähiger gegenüber dem Klimawandel sind und langfristig stärker zu Klimazielen beitragen.** Ein intelligenter Mix aus Pflege, Regeneration und Nutzung ist entscheidend für die Kohlenstoffbilanz und die Waldgesundheit.
- **Wir fordern eine valide und unterstützende Überarbeitung der Regelung zur Verwendung in langlebigen Produkten.** CO_2 wird während der Ernte und Verarbeitung von Holz sowie durch Nutzung und Entsorgung freigesetzt. Ein Großteil des geernteten Holzes verbleibt jedoch unterschiedlich lange in Produkten. Geerntete Holzprodukte (HWP) werden üblicherweise nach Produktkategorien mit unterschiedlichen Lebensdauern erfasst – etwa Papier, Holzwerkstoffe oder Schnittholz. Diese Produkte fungieren als langfristige Kohlenstoffsenker. Die komplexen Wechselwirkungen zwischen Landnutzungsarten und die Beiträge aus Biomasse und Böden führen jedoch zu stark schwankenden Schätzungen von Emissionen und CO_2-Bindung – diese müssen künftig methodisch präziser erfasst werden.

Bauen mit Holz – Ökologisches und wirtschaftliches Potenzial erschließen

Die Holzindustrie in Mittel- und Osteuropa zählt zu den weltweit führenden Treibern für Innovationen im Holzbau. Unsere Unternehmen arbeiten eng mit führenden Architektinnen und Architekten, Ingenieurinnen und Ingenieuren sowie Planenden zusammen, um mit dem erneuerbaren Rohstoff Holz moderne Baukonzepte zu entwickeln und umzusetzen. Wir exportieren nicht nur Holzprodukte, sondern schaffen auch Know-how, Ingenieurkompetenz und moderne Holzbausysteme. Daher fordern wir eine führende Rolle bei der Entwicklung des regulatorischen Rahmens.

Eine gemeinsame Leidenschaft für Innovation und ökologische Verantwortung hat unsere Branche als zentralen Akteur in der Transformation des Bauwesens positioniert. In unserer Region entwickelte und weiterentwickelte Produkte wie **Brettschichtholz** und **Brettsperrholz (CLT)** haben den Holzbau weltweit revolutioniert – insbesondere im mehrgeschossigen Bauen und bei städtischen Entwicklungsprojekten.

Holz bietet erhebliche ökologische und technische Vorteile: Es ist erneuerbar, leicht, vorgefertigt einsetzbar und ideal für klimabewusste Stadtplanung. Um diese Vorteile vollständig zu nutzen, müssen **die Rahmenbedingungen für den Holzbau vereinfacht, harmonisiert und modernisiert** werden. Derzeit verhindern regulatorische und bürokratische Hürden häufig eine breitere Nutzung von Holz als Baustoff – insbesondere in Mitgliedstaaten mit unterschiedlichen Bauvorschriften, Brandschutzregelungen und Umweltberichtsanforderungen.

Holz ist der Baustoff der Zukunft – nicht nur, weil er Kohlenstoff speichert und Emissionen reduziert, sondern weil er Lösungen für nachhaltiges Wohnen, Energieeffizienz und resiliente Stadtentwicklung bietet. Um dieses Potenzial voll zu erschließen, ist ein intelligenter und koordinierter regulatorischer Ansatz erforderlich.

Unsere Kernforderungen

- **Wir fordern eine führende Rolle auf nationaler und europäischer Ebene.** Die Holzindustrieverbände Mittel- und Osteuropas sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, und wollen aktiv an der Entwicklung des rechtlichen und normativen Rahmens mitwirken.
- **Wir setzen uns für die gleichwertige Anerkennung von Holz in Bauvorschriften und Normen ein**, sodass Holz als moderner, sicherer und nachhaltiger Baustoff – gleichwertig mit konventionellen Baumaterialien – anerkannt wird.
- **Wir fordern eine harmonisierte und praxisnahe Umsetzung des EU-Rechtsrahmens** – etwa der überarbeiteten EU-Bauproduktenverordnung, der Richtlinie zur Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und weiterer Regelwerke. Die Vorschriften müssen Rechtssicherheit schaffen, den Verwaltungsaufwand verringern und für kleine und mittlere Unternehmen praktikabel bleiben. Anforderungen an Umwelt- und Digitalberichterstattung müssen realistisch und technisch umsetzbar sein.
- **Wir unterstützen kontinuierliche öffentliche Investitionen in den Holzbau** – insbesondere über nationale und europäische Förderinstrumente und durch öffentliche Beschaffung. Diese Maßnahmen fördern Innovationen und sichern Europas Rolle als globaler Vorreiter für grüne Baustoffe. Dies gilt insbesondere für die neue EU-Initiative für bezahlbares Wohnen.

- **Wir fördern verstärkte Forschung und Entwicklung im Bereich des Holzbaus** – einschließlich der Entwicklung neuer Materialien wie modifizierter Laubhölzer sowie weiterer Innovationen in den Bereichen Modularität, Wiederverwendung und Zirkularität.
- **Wir fordern rechtliche Rahmenbedingungen für Wiederverwendung und Recycling von Holzbauelementen nach dem Rückbau.** Das Potenzial von Holz im Bauwesen muss erkannt werden. Pilotprojekte und Praxiserfahrungen aus der Industrie sollten direkt in die Gesetzgebung auf EU- und nationaler Ebene einfließen.
- **Wir unterstützen eine industriegetriebene Standardisierung** auf nationaler und europäischer Ebene. Fachleute aus Unternehmen und Forschungseinrichtungen müssen aktiv an der Ausgestaltung künftiger Regelwerke mitwirken, um deren Praxistauglichkeit sicherzustellen.

Die EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) – Der dringende Bedarf an einer Neubewertung

Die Verbände der Holzindustrie Europas unterstützen das Ziel der EU, der globalen Entwaldung entgegenzuwirken. Die derzeitige Ausgestaltung und Umsetzungsstrategie der EU-Entwaldungsverordnung (EUDR) stellt jedoch eine erhebliche Herausforderung für Unternehmen in Europa dar – insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) innerhalb der Holzwertschöpfungskette.

Seit der Veröffentlichung der Verordnung – und trotz ihrer Verschiebung auf 2026 – wurden keine wesentlichen Fortschritte für eine praxisgerechte und rechtssichere Umsetzung erzielt. Jede neue Leitlinie oder FAQ führt zu größerer Komplexität und Verunsicherung. Widersprüchliche Formulierungen in den Dokumenten, fehlende rechtliche Verbindlichkeit sowie der bürokratische Aufwand der Sorgfaltspflichten erhöhen das Risiko von Fehlinterpretationen und Rechtsstreitigkeiten in den Mitgliedstaaten.

Die Verordnung in ihrer aktuellen Form trägt nicht zur Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit bei. Im Gegenteil: Sie lenkt Ressourcen von Innovationen ab und schwächt genau jene Industrien, die Teil der europäischen Lösung für den Klimaschutz sind.

Unsere Kernforderungen

- **Wir fordern die Einbeziehung der EUDR in die Omnibus-Initiative der EU zur Reduzierung bürokratischer Belastungen.** Eine Verordnung, die den Schutz globaler Wälder zum Ziel hat, darf nicht zulasten nachhaltiger Waldbewirtschaftung und funktionierender europäischer Holzwertschöpfungsketten gehen.
- **Wir fordern die Einführung einer zusätzlichen Risikokategorie „insignificant risk"** für Länder oder Regionen ohne relevantes Entwaldungsrisiko. In solchen Fällen sollten vereinfachte Dokumentationspflichten gelten – in Anlehnung an das bisherige EUTR-Regime.
- **Wir befürworten eine Konzentration auf die Erstinverkehrbringung**, eine aufwendige Dokumentation entlang der gesamten Produktionskette in Europa. Zielführend und verhältnismäßig ist die Herkunftsdokumentation bei der Holzübergabe zwischen Forstwirtschaft und holzverarbeitendem Unternehmen oder Holzhandel.
- **Wir setzen uns für risikobasierte Kontrollen** und eine priorisierte Fokussierung auf Hochrisikoländer und -produkte ein. In europäischen Wäldern findet keine Entwaldung statt – sie wachsen weiterhin und unterliegen starken gesetzlichen Rahmenbedingungen. Ein risikoorientierter Umsetzungsansatz – wie er auch in anderen EU-Regularien (z. B. zu Zwangsarbeit) Anwendung findet – wäre deutlich effektiver und verhältnismäßiger.
- **Wir fordern dringend rechtliche und technische Klarheit.** Das aktuelle Informationssystem sowie die Anforderungen an Geolokalisierung und Rückverfolgbarkeit sind unklar, ungetestet und in vielen Fällen – insbesondere für KMU – praktisch nicht umsetzbar.

Die EUDR droht in ihrer jetzigen Form zum Symbol für Überregulierung zu werden – und nicht für wirksame Umweltpolitik. Europa darf seine eigene Bioökonomie nicht durch unrealistische Vorgaben gefährden, die selbst von den nachhaltigsten Branchen nicht erfüllbar sind. Wir fordern daher eine **grundlegende Überarbeitung** der EUDR – im Idealfall – deren **vollständige Aufhebung**.

Die Verbände der Holzindustrie aus Mittel- und Osteuropa bekräftigen ihr Bekenntnis zu nachhaltiger Entwicklung, Innovation und europäischer Zusammenarbeit. Wir stehen bereit für einen konstruktiven Dialog und eine praxisnahe Gesetzgebung, die eine starke, resiliente und zukunftsfähige Holzwertschöpfungskette in Europa sichert.

Fachverband der Holzindustrie **Österreichs**

Mag. Herbert Jöbstl
Obmann

Mag. Heinrich Sigmund, MSc.
Geschäftsführer

Kroatischer Holz-Cluster

Marijan Kavran
Direktor

Verband der holzverarbeitenden Unternehmen in der **Tschechischen Republik**

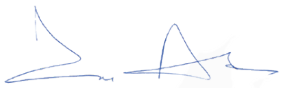
Petr Pražan
Präsident

ALDP – Verband der Forstwirtschaft und holzverarbeitenden Unternehmen (**Tschechische Republik**)

Kateřina Kupková
Obfrau

Ing. Ivan Ševčík
Geschäftsführer

Verband der **Ungarischen** Möbel- und Holzindustrie



Attila Kálmán
Präsident

FAGOSZ – **Ungarische** Vereinigung der Forst- und Holzwirtschaft

Sulyok Ferenc
Präsident

Polnische Wirtschaftskammer der Holzindustrie

Piotr Poziomski
Präsident

ZSD SR – Verband der holzverarbeitenden Hersteller (**Slowakische Republik**)

PhDr. Peter Zemaník
Präsident

CCIS – Verband der holzverarbeitenden Unternehmen und Möbelhersteller (**Slowenien**)

Igor Milavec
Geschäftsführer

DFWR – **Deutscher** Forstwirtschaftsrat

Georg Schirmbeck
Präsident